

## DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16206  
Freitag, 14. Jänner 2022

EU-Agrarministerrat: "Carbon Farming" steht auf der Tagesordnung . . . . .	1
GAP-Strategiepläne von acht EU-Mitgliedstaaten nicht zeitgerecht eingebracht . . . . .	1
EU-Schweinemarkt weiterhin ohne nennenswerte Impulse . . . . .	2
EU wirft Gazprom Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht vor . . . . .	3
BMLRT startet Aufruf für Forschungsprojekte zur Sicherung der Lebensmittelkette . . . . .	3
Oberösterreich will sich als Land der Biomasse positionieren . . . . .	4
NÖ LAK: Jobs in der Land- und Forstwirtschaft sind äußerst krisensicher . . . . .	4
Ukraine exportierte im ersten Halbjahr 2021/22 deutlich mehr Getreide . . . . .	5

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT  
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische  
Versicherung

## EU-Agrarministerrat: "Carbon Farming" steht auf der Tagesordnung

### Frankreich übernimmt Vorsitz

Brüssel, 14. Jänner 2022 (aiz.info). - Im ersten Rat unter französischer Leitung geht es um mögliche Karbonsenken in der Landwirtschaft. Dabei schreiben sich das Thema "Carbon Farming" sowohl die Ratspräsidentschaft als auch die EU-Kommission auf ihre Fahnen. Auf dem Agrarrat am Montag wird Frankreich zunächst sein Programm für das kommende Halbjahr vorstellen. Die Präsidentschaft rückt das "Carbon Farming" und die Verminderung von Pflanzenschutzmitteln in den Vordergrund. Zudem wird am Montag die EU-Kommission den EU-Landwirtschaftsministern ihre Mitteilung über "nachhaltige Kohlenstoffkreisläufe" vorstellen. Ein System zur Zertifizierung von Kohlendioxidsenken in der Landwirtschaft soll zum Jahresende folgen. Immerhin setzen die EU-Agrarminister große Hoffnung auf neue Einkommensquellen für Landwirte.

Weiterhin stehen Handelsfragen auf der Tagesordnung des Rates. Polen will auf die Absatzprobleme für Obst durch den Einfuhrstopp von Weißrussland aufmerksam machen und fordert Hilfen aus dem EU-Haushalt. Auch die schlechten Preise für Schweinefleisch werden die Landwirtschaftsminister weiterhin beschäftigen. Tschechien fordert erneut Hilfen aus dem EU-Haushalt und Maßnahmen zur Stützung des EU-Schweinefleischmarktes. Die Europäische Kommission sieht dagegen eine leichte Stabilisierung und lehnt einen Eingriff in den Markt ab. (Schluss) mö

## GAP-Strategiepläne von acht EU-Mitgliedstaaten nicht zeitgerecht eingebracht

### Wojciechowski warnt vor verspäteten Zahlungen

Brüssel, 14. Jänner 2022 (aiz.info). - "Die säumigen EU-Mitgliedstaaten sollen ihre nationalen Strategiepläne für die zukünftige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) so schnell wie möglich in Brüssel abliefern. Im schlimmsten Fall drohten verspätete Zahlungen an die Landwirte", warnte EU-Agrarkommissar **Janusz Wojciechowski**. Neben Deutschland versäumten es auch Belgien, Bulgarien, Lettland, Luxemburg, Rumänien, die Slowakei und Tschechien, pünktlich zum Jahresbeginn ihre nationalen Strategiepläne bei der EU-Kommission einzureichen. Vertragsverletzungsverfahren drohen den säumigen EU-Mitgliedstaaten nicht. Aber Wojciechowski machte in dieser Woche im Agrarausschuss des Europaparlaments Druck. Die EU-Kommission könne mit der Prüfung erst beginnen, wenn die Pläne aus allen EU-Mitgliedstaaten vorliegen, erklärte der EU-Agrarkommissar im Europäischen Parlament.

"Um die gleichen Kriterien für alle EU-Mitgliedstaaten anwenden zu können, müssen alle Pläne vorliegen", betonte der Kommissar. Für ihn kommt es darauf an, dass die EU-Mitgliedstaaten die Klima- und Umweltziele aus der Farm to Fork-Strategie beachten und sich darauf zubewegen. Eine quantitative Erfüllung der Umweltziele für 2030 kann die EU-Kommission dagegen nicht verlangen, zumal die Ziele noch nicht in Gesetze gegossen wurden.

Einige Abgeordnete bemühten sich darum, die Verspätungen zu erklären. **Martin Häusling** von den Grünen in Deutschland wies darauf hin, dass die Förderung der Bio-Betriebe im deutschen

Strategieplan noch verbessert werden müsse. Es könne nicht sein, dass gerade Bio-Betriebe in dieser Reform schlecht wegkämen, betonte Häusling. Der tschechische Abgeordnete **Ivan David** von der Fraktion "Identität und Demokratie" machte auf den Regierungswechsel in Prag aufmerksam, der zu Verzögerungen führe.

Wojciechowski entgegnete, die EU-Mitgliedstaaten sollten sich trotz der internen Schwierigkeiten an den Fahrplan halten. Die EU-Kommission brauche ausreichend Zeit für den Dialog mit den EU-Mitgliedstaaten und für mögliche Verbesserungen. Sollten die Strategiepläne nicht bis zur Jahresmitte von der EU-Kommission genehmigt werden, drohten 2023 verspätete Zahlungen an die Landwirte. (Schluss) mö

## EU-Schweinemarkt weiterhin ohne nennenswerte Impulse

### Notierung in Österreich zum zwölften Mal unverändert

Wien, 14. Jänner 2022 (aiz.info). - Dass der Jänner alljährlich für einen lustlosen und ertragsschwachen Monat im Schweinejahr steht, ist schon Tradition. Das sogenannte Jännerloch ist heuer zusätzlich mit extra Handicaps konfrontiert. Zum einen ist das die massive Überproduktion am EU-Binnenmarkt bei fehlendem Drittlandabsatz sowie die nicht enden wollende Verunsicherung durch die COVID-Pandemie, zum anderen kommen ganz aktuell auch aus Italien keine Good News. Nachdem letzte Woche tote Wildschweine 30 km nördlich von Genua gefunden wurden, kam nun die Bestätigung, dass es sich dabei um Tiere handelte, die mit der Afrikanischen Schweinepest (ASP) infiziert waren. In der Konsequenz ist die für ganz Europa relevante Schinkenindustrie in Italien über mögliche Marktverwerfungen in Sorge. Überhänge sind in weiten Teilen der EU an der Tagesordnung und dürften wohl auch noch im restlichen Jänner den Markt belasten. In Deutschland musste die Erzeugerseite erneut eine unveränderte Notierung zur Kenntnis nehmen.

Auch in Österreich gelang es abermals, nicht alle zur Schlachtung gemeldeten Tiere zeitnah zu vermarkten. Die Schlachtbranche kommentiert die tendenzielle Lustlosigkeit mit einer Flaute am Fleischmarkt, die wiederum mit der Verunsicherung aufgrund von COVID-Maßnahmen in Verbindung gebracht wird, berichtet **Johann Schlederer**, Geschäftsführer der Schweinebörse. Zudem ist die Zeit zwischen Weihnachtsurlaub und Februar im Winterfremdenverkehr eine Durststrecke, die am Bestellwesen aus den Schigebieten sichtbar wird. Das frische Angebot ist nicht drückend, aber gut ausreichend für die aktuell schwache Fleischnachfrage. Das Überhangsniveau von 15 bis 20% dürfte sich demnach vorerst nicht ändern. Vor diesem Hintergrund wurde an der österreichischen Börse die Mastschweine-Notierung zum zwölften Mal in Folge auf unverändertem Niveau von 1,45 Euro (Berechnungsbasis: 1,35 Euro) fixiert. (Schluss)

## EU wirft Gazprom Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht vor

Russischer Staatskonzern drosselte Angebot trotz reger Nachfrage

Brüssel/Moskau, 14. Jänner 2022 (aiz.info). - Der russische Staatskonzern Gazprom steht unter Verdacht, für die hohen Gaspreise mitverantwortlich zu sein, weshalb die EU-Kommission Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht prüft. Gazprom habe in Zeiten einer steigenden Nachfrage sein Angebot vermindert. Das sei ein provozierendes Verhalten, kritisierte EU-Wettbewerbskommissarin **Margrethe Vestager** in Brüssel. Die EU-Kommission untersuche mögliche Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht, ob Gazprom seine Marktmacht missbraucht habe. Die EU-Kommission warte noch auf Auskunft der Marktbeteiligten und könne ein Ergebnis der Untersuchung nicht vorwegnehmen, so Vestager. Im Agrarausschuss des EU-Parlaments in dieser Woche kritisierte auch EU-Agrarkommissar **Janusz Wojciechowski** Gazprom wegen eines zu geringen Angebots, das zu extrem hohen Düngemittelpreisen geführt habe. "Das Verhalten von Gazprom sei unangemessen", urteilte Wojciechowski.

Die Internationale Energieagentur in Paris sieht ein politisches Kalkül hinter den zu niedrigen Liefermengen von Gazprom. In Zeiten erhöhter geopolitischer Spannungen drossle Gazprom seine Lieferungen, bemängelte **Fatih Birol** von der Internationalen Energieagentur. Während Norwegen, Algerien und Aserbaidschan ihre Gaslieferungen erhöht hätten, habe Russland sie gesenkt. Russland könnte bis zu 10% mehr liefern und nutze die Energiekrise zu politischen Zwecken, führte Birol aus. Gazprom weist darauf hin, dass seine Verträge mit den Käufern erfüllt werden. (Schluss) mö

## BMLRT startet Aufruf für Forschungsprojekte zur Sicherung der Lebensmittelkette

Einreichungen bis 25. März möglich

Wien, 14. Jänner 2022 (aiz.info). - Das Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (BMLRT) stellt für das Jahr 2022 über 14 Mio. Euro für die Sicherheitsforschung bereit. Darunter fällt auch die Sicherung von Versorgungsketten im Lebensmittelbereich neben beispielsweise der zukünftigen Pandemiebekämpfung, dem Krisen- und Katastrophenmanagement sowie dem Einsatz von Drohnen. Über die beiden österreichischen Forschungsförderungsprogramme KIRAS und FORTE werden österreichische Unternehmen und Forschungseinrichtungen bei der Entwicklung neuer Technologien sowie der Schaffung des erforderlichen Wissens unterstützt.

"Vom Waldbrand bis zu Lawinenabgängen, von Muren bis zum Hochwasser, von der Pandemiebekämpfung bis zur Lebensmittel- und Wasserversorgung - zahlreiche Krisenszenarien beeinflussen unsere Regionen tagtäglich. Um Präventionsmaßnahmen frühzeitig setzen zu können und um auf Krisenszenarien bestmöglich reagieren zu können, braucht es ein gutes Zusammenspiel vieler Faktoren. Die Sicherheitsforschung leistet dafür einen wichtigen Beitrag, um die Sicherheit Österreichs zu erhöhen und die Wertschöpfung in den Regionen zu stärken", erklärt Bundesministerin **Elisabeth Köstinger**.

Interessenten können ihre Projektideen bis 25. März 2022 bei der Österreichischen Forschungsförderungs GmbH (FFG) einreichen. Die Programme wurden 2020 organisatorisch und inhaltlich dem BMLRT zugeordnet. (Schluss)

## Oberösterreich will sich als Land der Biomasse positionieren

Langer-Weninger: Weg zur Klimaneutralität konsequent vorantreiben

Linz, 14. Jänner 2022 (aiz.info). - "An Biomasse - und damit der Land- und Forstwirtschaft als zentralen Energielieferanten - führt kein Weg vorbei, wenn wir Klima und Umwelt schützen wollen", ist die oberösterreichische Agrar-Landesrätin **Michaela Langer-Weninger** überzeugt. Hinsichtlich der Diskussion auf EU-Ebene, ob Atomkraft und Erdgas "grün" sein können und ob Investitionen dahingehend mit den hochgesteckten Klimazielen der Union vereinbar sind, spricht sich Oberösterreich klar gegen Kernenergie aus. "Atomenergie ist unsicher, teuer, verursacht CO<sub>2</sub>-Emissionen von derzeit 110 g pro kWh und kann daher nicht Europas Lösung im Kampf gegen den Klimawandel sein", verdeutlicht Langer-Weninger. Die Energiewende müsse nachhaltig und umweltschonend vor sich gehen. Das Bundesland setzt daher konsequent auf den Ausbau erneuerbarer Energieformen und schenkt hier der Biomasse - als nachwachsendem Rohstoff - große Beachtung.

Fast ein Fünftel (17%) des österreichweiten Brutto-Energieverbrauchs wird aktuell mittels Biomasse abgedeckt. In Oberösterreich sind es laut des Energieberichts 2020 knapp 15%. Damit ist Biomasse der größte Energielieferant bei den erneuerbaren Energiequellen. Prozentuell hat Bioenergie einen Anteil von 48% an der jährlich durch erneuerbare Energieträger zur Verfügung gestellten Energie. Wasserkraft kommt auf 36%, der Rest verteilt sich auf Wind- und Solarenergie.

Den Weg hin zur grünen Energiewende will das Land Oberösterreich weiter zügigen Schrittes beschreiten und unter anderem Biomasseheizungen forcieren. "In unserem Arbeitsprogramm haben wir schriftlich festgehalten: Oberösterreich soll als Land der Biomasse positioniert werden. Das ist auch mein Ziel. Als Agrar-Landesrätin werde ich Oberösterreichs Weg zur Klimaneutralität gemeinsam mit der heimischen Land- und Forstwirtschaft konsequent vorantreiben", sagt Langer Weninger.

Potenzial sei im Bereich der Bioenergie definitiv da, vor allem im Bereich der Forstwirtschaft. Laut Waldinventur findet sich ein Holzvorrat von 166 Mio. Vorratsmetern in Oberösterreichs Wäldern, wobei der Vorrat stetig steigt, da mehr Holz nachwächst als genutzt wird. Damit kann die Erzeugung von Wärme und Strom aus Biomasse noch deutlich ausgebaut werden. "Biomasse bietet den Bäuerinnen und Bauern eine neue Einkommensquelle. Sie können sich als Energieversorger in den Regionen etablieren und nochmals unterstreichen, dass sie wahre Klimaschützer sind", betont Langer-Weninger. (Schluss)

## NÖ LAK: Jobs in der Land- und Forstwirtschaft sind äußerst krisensicher

Mitgliederzahl 2021 leicht gestiegen

St. Pölten, 14. Jänner 2022 (aiz.info). - Die NÖ Landarbeiterkammer (LAK) zieht eine positive Bilanz über das Jahr 2021. Durchschnittlich 24.022 Mitglieder zählte die Interessenvertretung, das ist ein Plus von 1,32% im Vergleich zu 2020. Die höchsten Beschäftigtenzahlen wurden im Mai 2021 mit einer Mitgliederzahl von 25.265 (+1,38%) ausgewiesen. Zudem wurden an 1.100 Kammerzugehörige

zahlreiche Unterstützungen von der Studien- und Lehrlingsbeihilfe bis hin zum Baudarlehen im Wert von 785.416 Euro ausbezahlt. Im Bereich der Aus- und Weiterbildung haben trotz der Herausforderungen durch Corona 109 Kurse mit 877 Teilnehmern stattgefunden. "Die Entwicklung unserer Mitgliederzahlen zeigt uns einmal mehr, dass die Jobs in der Land- und Forstwirtschaft äußerst krisensicher sind. Die regionale Lebensmittelproduktion in den heimischen Betrieben hat durch die Pandemie an Bedeutung gewonnen, wodurch die Nachfrage nach Arbeitskräften, speziell nach gut ausgebildetem Fachpersonal, kontinuierlich steigt", so das Fazit von NÖ LAK-Präsident **Andreas Freistetter**.

Als ein "echter Meilenstein" wird der Beschluss des neuen Landarbeitsgesetzes im Jahr 2021 gesehen. "Damit regelt erstmals ein bundesweites Gesetz das Arbeitsrecht für sämtliche unselbstständig in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten in ganz Österreich. Die vollzogene Vereinheitlichung gilt als beispielhaft für das gesamte österreichische Arbeitsrecht", betont Freistetter. (Schluss)

## **Ukraine exportierte im ersten Halbjahr 2021/22 deutlich mehr Getreide**

Steigerung um über 6 Mio. t

Kiew, 14. Jänner 2022 (aiz.info). - Aus der Ukraine sind im ersten Halbjahr 2021/22 fast 32,2 Mio. t Getreide exportiert worden, teilte das Kiewer Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung mit. Gemessen am gleichen Zeitraum des Wirtschaftsjahres davor fielen damit die Ausfuhren um 6,14 Mio. t umfangreicher aus. Unter anderem stiegen jene von Weizen um 3,33 Mio. t auf 15,82 Mio. t sowie von Gerste und Körnermais um jeweils 1,42 Mio. t auf 5,20 Mio. t beziehungsweise 10,82 Mio. t. Im Gegensatz dazu gingen die ukrainischen Exporte von Mehl deutlich zurück, und zwar um 19.800 t auf 59.300 t. (Schluss) pom